

Weitere aktuelle Themen

Piraten machen aus Parteienverdrossenheit Wählerstimmen..... 2
Buchempfehlungen..... 2 und 3
GEGENSTANDPUNKT 4-2011 4

Über die systemimmanenten Probleme des Rechtsstaats bei der Wahrnehmung und Bekämpfung des rechtsextremistischen Patriotismus

10 Jahre lang zieht eine rechtsradikale Terrorgruppe durch Deutschland und bringt Menschen vorwiegend türkischer Herkunft um. Die zuständigen Behörden verbuchen das unter „Milieu“-Taten und können für Rechtsterrorismus keine Anhaltspunkte finden bzw. sie tun entsprechende Hinweise als unbedeutend ab. Jetzt kommt auf einmal auf: Es war das „Thüringer Mörder-Trio“, die Behörden lagen völlig daneben.

Sofort gehen alle wirklichen und ideellen Verantwortungsträger Deutschlands in die Offensive. Die Kanzlerin ruft von oben herab eine „Schande für Deutschland“ aus. Große Aufmerksamkeit gilt jetzt den Opfern: Es sei ihnen Unrecht getan worden und man entschuldigt sich in aller Form bei ihnen. Sie werden vorgezeigt als Beweisstücke dafür, wie sehr sich die Verantwortlichen jetzt angesichts des unentdeckten „braunen Terrors“ in Grund und Boden schämen. Aber wofür schämen sie sich? Sie schämen sich für ein „unfassbares Versagen“ der Sicherheitsbehörden, das es da gegeben haben soll. Die wirklichen wie ideellen Verantwortungsträger warten nur darauf, sich an der konstruktiven Bewältigung der Affäre zu bewähren. Das tun sie natürlich, indem sie die *Schuldigen* dingfest machen – und damit wird die Empörung gleich in die richtige Ecke geschoben. So legen sie fest, *welcher* Schadensfall eingetreten ist und sie reservieren sich zugleich die Alleinzuständigkeit für seine Reparatur. Die Selbstanklage ist keinesfalls zu verwechseln mit dem Eingeständnis, dass der staatliche Rechtsnachfolger des Dritten Reiches den „braunen Terror“ nicht so richtig bekämpfen konnte oder wollte. Gegen *diesen* Eindruck verwarft sich der deutsche Staat mit seiner groß angelegten Entschuldigungskampagne: Heute und eigentlich schon immer seien „wir“ *Deutsche* Ausländer- und besonders Türkenfreunde, die mit ihrem Staat für die kompromisslose und eigentlich auch erfolgreiche Ausgrenzung und Bekämpfung des Rechtsradikalismus einstünden. So ungefähr lautet die Botschaft, die jedem Einwand die Luft rauslässt und den unschlagbar guten Ruf der Nation unterstreicht.

So ein Dementi hat nur der nötig, der um die wirkliche Stimmung weiß – und daran kräftig mitgewirkt hat. Die Debatte um einen Sarrazin, der angesichts türkisch-arabischer Gemüsehändler gleich die nationale Bedrohungslage „*Deutschland schafft sich ab*“ erfand, ist ja noch nicht so lange her. Natürlich haben sich verantwortliche Politiker von ihm abgegrenzt und seine Ansichten als „übertrieben“ und „schädlich“ bezeichnet. Doch andererseits wurde ihm umso entschiedener Recht gegeben: dass es doch erhebliche „Integrationsdefizite“ gebe, dass „Parallelgesellschaften“ entgegengewirkt werden müsse, dass „Multikulti“ tot sei, dass überhaupt und zusammenfassend diese Ausländer weiterhin ein „Problem“ seien. So teilen deutsche

Politiker ihrem Volk mit, dass es auf dessen „nationale Identität“ schwer ankomme und dass der Wunsch danach von einer patriotischen Gesinnung zeuge, die staatsbürgerlich-demokratisch schwer in Ordnung geht. Von wegen, Deutschland steht für „Verschiedenheit und Vielfalt“, wie es der Bundespräsident betont hat. Nur weil die deutsche Politik selbst an vorderster Front die nationale Gesinnung ihrer Bürger derart geschärft hat, überkommt die Verantwortungsträger für Deutschland schlagartig das Bedürfnis klarzustellen, dass das, was deutsche Ausländerhasser da getan haben, *gar nicht passt* zum „Deutschland der Anständigen“: Verstünde sich das aber wirklich so von selbst, wie sie behaupten, dann brauchte es das ganze Dementi nicht.

Jetzt, angesichts des offensichtlichen Übergangs zum organisierten Verbrechen in der rechtsradikalen „Szene“, stellt sich für den Staat schon die Frage, ob er an seinem Umgang mit dem Rechtsextremismus nicht einiges ändern muss. Die vielen jetzt angeprangerten „Pannen und Versäumnisse“ sind ja auch ein Ergebnis dessen, dass der Rechtsextremismus von den zuständigen Behörden nicht als besondere Gefahr eingestuft worden war. Auf einmal sind selbst viele Verantwortungsträger öffentlich „*beunruhigt*“ über den Zustand der Sicherheitsorgane. Die haben schließlich über ein Jahrzehnt lang einen „nationalsozialistischen Untergrund“ nicht einmal als solchen erkannt, sondern seinen Terrorismus unter der Rubrik „türkische Mafia“ eingeordnet. Und es sind nicht mehr nur linke Kritiker, die sich besorgt fragen, ob die deutschen Sicherheitsbehörden nicht „*auf dem rechten Auge blind*“ seien. „Blind“ in der Hinsicht, dass die Sicherheitsbehörden in solchen Gewalttaten von Faschisten gar keinen Angriff *auf den Staat selbst*, also eine verfassungswidrige Bestrebung, gesehen haben. Das ist dann schon mehr als die Entschuldigungs- und Schäm-Kampagne: Wenn die unumschränkte Geltung des staatlichen Gewaltmonopols in Frage steht, dann ist das glatt eine „*Niederlage der deutschen Sicherheitsbehörden*“, so der Verfassungsschutzpräsident Fromm. Und der Innenminister entdeckt im „*Rechtsterrorismus ein neues Phänomen*.“

Das stimmt freilich nicht. Vielmehr hatte der Staat rechtsradikale Taten ganz anders *auf sich* bezogen als linksextremistische oder islamistische Verbrechen. Die hießen so, weil sie unter „Terrorismus“ eingeordnet worden waren – und der Rechtsradikalismus eben nicht. Buback oder Hans-Martin Schleyer sind aus dieser Sichtweise definitiv andere Opfer als ein toter schwarzer Asylbewerber, und ein geplanter Bombenanschlag von Islamisten wird anders gewichtet als eine groß angelegte Schlägerei gegen Ausländer, selbst wenn dabei Menschen zu Tode kommen. Es kommt eben darauf an, wie der Staat *sich* als betroffen ansieht, *welches* *w*Gewicht er den

Weitere Vorträge & Diskussionen

Politischer Diskussionskreis 2
Arbeitskreis KAPITAL 3
GEGENSTANDPUNKT im Radio 3

VORTRAG & DISKUSSION

Der Rechtsstaat: Wer oder was herrscht, wenn das Recht herrscht?

Frankfurt **Mittwoch, 18. Januar 2012**
Studierendenhaus, Campus Bockenheim, Cafe KOZ
Beginn: 19 Uhr

Marburg **Donnerstag, 19. Januar 2012**
Kulturladen KFZ, Schulstr.6
Beginn: 20 Uhr

Eintritt frei!

Auch am *Recht* scheiden sich die Geister. Mündige Bürger, die allesamt und unablässig mit dem Recht zu tun haben, leisten sich auch in Bezug auf diesen zentralen Bestandteil der demokratisch-marktwirtschaftlichen Ordnung verschiedene Meinungen. An einzelnen Vorkommnissen im veröffentlichten Bereich der Gesetzgebung und Rechtspflege, an eigenen wie den Erfahrungen anderer Leute mit den Leistungen der Justiz, kommt da manche hohe Meinung vom Rechtswesen zustande, aber auch die eine oder andere kritische Haltung, die bisweilen an Ablehnung gemahnt.

- So gibt es Leute, die sich für „das Recht“ begeistern, vielleicht auch für einen Zustand namens „Herrschaft des Rechts“ begeistern lassen. Sie fassen das Recht als *Errungenschaft* auf, die sie nicht missen möchten; als Einrichtung, auf die man sich verlassen kann, gewissermaßen als *Besitzstand*, der das Gelingen der meisten eigenen Berechnungen garantiert.
- Andere Zeitgenossen *zweifeln* gelegentlich wie insgesamt an der Verlässlichkeit des Rechts. Von den Garantieleistungen, die es verspricht, aber allzu oft nicht erbringt, halten sie nicht sehr viel. Sie werfen den Machern und Anwendern von Gesetzen vor, oft oder meistens die *Erwartungen an das Recht zu enttäuschen*.
- Die einschlägigen Enttäuschungen bewegen durchaus ehrbare Bürger auch dazu, das Rechtswesen für eine unzumutbare *Beschränkung* zu halten. Und zwar der Freiheit, auf die man Anspruch hat. Stattdessen entdecken solche Bürger, die sich in allen oberen, mittleren und unteren Etagen der Gesellschaft finden, ganz viel *Einmischung, Kontrolle und Regulierung*, sooft die Instanzen des Rechts tätig werden. Oder genau davon zu wenig.

In einer ziemlich grundsätzlichen Hinsicht unterscheiden sich die so gegensätzlich anmutenden Wahrnehmungen des Rechts freilich überhaupt nicht. Ob sich politisierende Zeitgenossen in ihren Befunden über das Regelwerk ihres

Gemeinwesens nun mehr auf die Seite der „*Genehmigung*“ schlagen, die ihnen zuteil wird, und betonen, was sie *dürfen*; oder sie bedauernd zur Kenntnis geben, was sie alles *nicht dürfen*, also sich sehr eingeschränkt vorkommen – über eines machen sie sich nichts vor: Sie sind dem Recht *unterworfen*, müssen sich daran halten und nach ihm leben. Komplimente an die verbindliche Ordnung wie Klagen über sie beruhen auf der Gewissheit, dass eine *Staatsmacht* über die Art und Weise, wie ihre Bürger ihren Interessen nachgehen, *wacht*. Und nicht nur das. Sie zehren auch von der Anerkennung, von der „*Einsicht* in die Notwendigkeit“ des staatlichen *Gewaltmonopols*, welches Recht gestaltet, sprechen lässt und schließlich durchsetzt. Gerade kritische Stimmen zum Rechtswesen – von Einwänden gegen den „Sinn“ eines frischen Gesetzes bis zur Urteilschelte – geraten deswegen zu Verbesserungsvorschlägen in Sachen Aufsicht; zu Anträgen, welche die Inhaber der Staatsgewalt auffordern, ihre *Macht zum Erlauben und Verbieten* wirksamer und/oder gerechter auszuüben. Zu einer Absage an das Recht, an dessen Charakter als *Werkzeug der Staatsgewalt* kein Zweifel besteht, reicht es nicht, wenn Bürger den *Gebrauch* dieses Werkzeugs für verkehrt halten.

Die Frage, was die politische Herrschaft eigentlich von ihren Bürgern haben und mit ihnen anstellen will, wenn sie den hoheitlichen Umgang mit ihnen in eine Rechtsordnung kleidet, wenn diese Ordnung sich auch auf ihren Umgang untereinander erstreckt – das soll Gegenstand des Vortrags und der anschließenden Diskussion sein. So viel sei schon verraten: es geht um die Behauptung, dass der Rechtsstaat keine Erfindung von aufgeklärten Geistern ist, die sich in einem Anfall von Humanismus ausgerechnet beim Regieren am Menschen und seiner Würde orientieren wollen – sondern eher schon der Gebrauch hoheitlicher Gewalt zur Einführung und Absicherung einer Produktionsweise, einer Wirtschaftsordnung ...

►►► Rechtsradikalismus ...

Verbrechen beilegt, und daraus resultieren dann auch unterschiedliche Vorgehensweisen. Wer ermittelt? Mit welchem Fahndungsaufwand? Wer rückt alles in den Täter- und Sympathisantenkreis? Welche Mittel stellt der Staat zur Bekämpfung des „Umfelds“ zur Verfügung? Usw.

Angesichts der eindrucksvollen Serie rechtsradikal motivierter Gewalttaten ordnet der Innenminister jetzt auch diese Täter unter ‚Terrorismus‘ ein. Aus dieser Neubewertung ergibt sich ein neues Anforderungsprofil für die Staatsschutzbehörden: Sie müssen auf der Höhe der neu definierten Feindlage sein und eine wirksame Bekämpfung zustande bringen. Nur weil dieser Maßstab *jetzt* gilt, kann man rückwärts mit der so bequemen und verharmlosenden Diagnose des „Versagens“ auftrumpfen. Nach vorne geblickt ist die Mordserie *der* Anlass, die Ausweitung der Befugnisse und Mittel staatlicher Aufsichtsbehörden als unabweisbar zu begründen. So kann eine kreative Diskussion über die allfällige Einrichtung der bislang umstrittenen Vorratsdatenspeicherung, über eine Verbunddatei gegen Rechts, wie es sie für Linke und Islamisten schon gibt, über eine effektivere Kooperation der Verfassungsschutzbehörden, über die Einbeziehung des MAD usw. nicht ausbleiben.

Dann kursiert allerdings auch ein interessanter Verdacht: „*Konnte oder wollte der Verfassungsschutz nichts sehen?*“, lautet die Schlüsselfrage. Haben die Beamten nicht nur Dateien „zu früh gelöscht“, sondern sie überhaupt nur deswegen gelöscht, weil sie ihren Auftrag nicht begriffen haben? Herrscht bei dieser Behörde überhaupt das richtige Verständnis für ihr Schutzgut, die Verfassung? – Insbesondere angesichts der „*großen Nähe*“ verbeamteter Staatsschützer zu den Rechtsradikalen. Die obersten Staatsschützer bis hinauf zum Innenminister müssen sich eingestehen, dass viele ihrer V-Männer im rechtsradikalen Sumpf offenbar deutlich unzuverlässiger arbeiten als gegen einschlägige Staatsfeinde aus dem linken oder islamistischen Lager – kein Wunder, wenn sich private Gesinnung der Schnüffler und der politische Standpunkt des Kontrollierten überschneiden. *Gestört* hat diese nicht nur in Thüringen anzufindende Kumpanei in den letzten Jahren

niemanden groß, für das Kontrollinteresse und die dafür nötigen Informationen hat sie ja ausreichend funktioniert. Erst jetzt gilt ja, dass es beim Rechtsterror einen *Staatsfeind zu bekämpfen* gilt. Deshalb wird es *im Nachhinein* als kontraproduktiv eingeschätzt, dass mit dem vielen Geld, mit dem man von den V-Männern Informationen eingekauft hat, auch die Objekte der Observation *tatkräftig gefördert* wurden.

Dann gibt es noch das umfängliche Feld der rechtsextremen *Gesinnungsfreunde*. Da handelt es sich offensichtlich nicht bloß um die Anhängerschaft einer immer noch wählbaren Partei, der NPD, die ganz legal Steuergelder als Wahlkampfunterstützung bezieht. Gegen diese Partei wird ein neuer Verbotstrag vorbereitet. Aber zum Wählerpotenzial der Rechten gehören eben nicht nur enttäuschte CDU-Wähler, die im Falle eines NPD-Verbots von selbst wieder im Hafen der konservativen Volkspartei einlaufen würden. Einigermassen bestürzt nehmen die staatlichen Stellen davon Notiz, dass in den zahllosen rechtsradikalen Eltern-, Schul- oder Gemeindeinitiativen, Heimatschutzgruppen usw. nicht wenige unterwegs sind, die sich sehr gründlich der Demokratie entfremdet haben. Sie bilden ein rechtes Sympathisantenumfeld, das ziemlich weit „*in die Mitte unserer Gesellschaft*“ reicht und, was ganz spezielle Besorgnis erregt, „*insbesondere für junge Menschen große Anziehungskraft*“ entfaltet. Im Osten der Republik sollen es örtlich bis zu 40 % der Jugendlichen sein, die weder mit den Werten der demokratischen Leitkultur noch mit den Parteien, die sie im Namen haben, etwas anfangen können – „*Scheißdemokratie!*“ heißt umgekehrt der Reim, den sie sich auf ihre Lebenslage gemacht haben. In Sachen politischer Loyalität droht dem Staat gleich ein Teil seiner jungen Generation zu entgleiten, und unter ihnen gibt es etliche, die zur Tat schreiten, die ihre private Gewalt gegen das Recht des Gewaltmonopolisten stellen: Da sehen sich Demokraten selbstverständlich in der Pflicht, für eine erfolgreiche Repatriierung ihrer verlorenen Jugend zu sorgen – und leisten mit einer Effektivierung ihres Verfassungsschutzes und vermehrter Polizeigewalt die nötige Überzeugungsarbeit. Womit denn auch sonst. ◀◀◀

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens
für alle Interessierten

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum K1, K2 oder K3 (1.Stock)

Zeit donnerstags um 19 Uhr
12.1. / 16.1. / 2.2. / 9.2. / 23.2. / 1.3. / 8.3.2012

Veranstalter: **farbeROT & GEGENSTANDPUNKT**

Informationen zu weiteren Städten auf
www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

Gute Presse für Protestpartei:
„Streng öffentlich!“ – Piraten machen aus
Parteienverdrossenheit Wählerstimmen

Wenn die etablierten Meinungsmacher sich, Öffentlichkeit und Politik davor warnen, den Berliner Wahlerfolg der Piratenpartei „*als Scherz am Rande abzutun*“ (SZ, 20.9.11), – wenn sie im Gegenteil der *Protestpartei* einen ähnlichen Erfolg auf Bundesebene hochrechnen, der die Parteienlandschaft womöglich noch weiter aufsplittert, – wenn sie diesem „*Haufen Spinner*“ (SZ 20.9.) Ahnungslosigkeit in sämtlichen politisch brisanten Themen bescheinigen, – wenn sie überhaupt das Fehlen eines politischen Programms vermerken, – wenn sie an den Neulingen die realpolitische Professionalität vermissen, – wenn sie ihnen einen utopischen Hang zur direkten Demokratie, wo jeder irgendwie mitbestimmen soll, nachsagen, – und wenn sie sogar davon reden, dass „*die neue Bewegung nichts weniger als die Systemfrage stellt*“, um „*den Politikbetrieb in den kommenden fünf Jahren aufzumischen*“ (Spiegel 39, 2011), dann ist daran nur eines ungewöhnlich: dass das alles gar nicht im Tonfall der Beschimpfung, sondern – und da präsentiert sich das Pressespektrum in seltenem Gleichklang – in dem des *Wohllollens*, sogar *Beifalls* vorgebracht wird: Da „*kann man nicht anders, als voller Respekt und ohne Ironie den Siegeszug dieser modernen politischen Bewegung zu rühmen*“ (faz.net 29.9.). Wie kommen die Rebellen zu der Ehre?

Eher nicht wegen des Kampfs fürs freie Internet, der die Piraten bekannt gemacht hat. Vielmehr sind diese dabei, sich *Freiheit und Transparenz* in einem deutlich allgemeineren und politischen Sinn auf ihre Flaggen zu schreiben, wenn sie die etablierte Politik nicht nur der Gängelung des Individuums im Netz bezichtigen, sondern ihr überhaupt vorwerfen, für den Bürger eine einzige Undurchsichtigkeit zu sein: „*Im Moment spielt sich Politik doch irgendwo da oben ab, sagt (der Pirat) Weisband, das ist kein Zustand, der haltbar ist.*“ (SZ, 6.10.11) Woraus man als Pirat folgert: „*Also ging es darum, wie man Politik präsentiert. Die Partei lebt Transparenz vor. Das hat sehr viele Menschen begeistert. Die sind nicht parteiverdrossen. Die sind parteiverdrossen.*“ (Die Zeit, 29.9.) Jedenfalls will diese Protestpartei dem Land keinen geringeren Dienst erweisen, als „*der Staatsverdrossenheit entgegenzuwirken*“ (Piratenpartei „Unsere Ziele“).

Und damit – „*mit dem richtigen Thema zur rechten Zeit*“ (SZ, 14.10.) – findet sie nicht nur Wähler, sondern eben auch Applaus von berufener Seite. Denn das Ideal der *Transparenz* politischer Machtausübung gefällt der Presse, überhaupt den Profis der medialen Öffentlichkeit, gut. Die spüren die Nähe zu ihrem Geschäft, ist es doch ihr

ureigenstes Ethos, den Bürger über Ansaugen und Anliegen der politisch Mächtigen lückenlos zu informieren, was schon als Kontrolle der Macht gilt, und so seine Anteilnahme an den Drangsalen der Republik wach zu halten. Wo mündige Subjekte stets Einsicht in die Manöver ihrer Obrigkeit nehmen und diese sie ihnen schuldet und gewähren muss, sind deren Zumutungen an die Bürger – wenn offengelegt – schon kaum mehr Zumutungen; jedenfalls können die Gegensätze zwischen Regierten und Regierenden nicht grundsätzlicher und unüberbrückbarer Art sein, sondern vor allem eine Frage unzureichenden Informationsflusses, fehlender Transparenz eben.

So sehen es die Vertreter der medialen Gewalt. Das Misstrauen, dass die Politiker etwas verheimlichen und es überhaupt an der *Vermittlung* ihrer Politik fehlen lassen, gehört von daher zu ihrem Berufsstand. Wo es an dieser Transparenz mangelt, kehrt sich ihnen das demokratische Idyll vom vertrauensvollen Miteinander im Gemeinwesen um in ein Gegeneinander von den Machern *da oben*, denen die *da unten* gleichgültig, teilnahmslos bis feindselig gegenüberstehen. Um diese *Politikverdrossenheit* der Bürger sorgen sich die Meinungsmacher seit geraumer Zeit, sie haben für ihre Brisanz mit der Figur des *Wutbürgers* einen Namen gefunden – und gratulieren nun den Piraten dazu, dass die den Missstand prompt in ihren Erfolg ummünzen. Sie sehen in ihnen den Partei gewordenen Beleg der Dringlichkeit ihres eigenen kritischen Bemühens um Mediation zwischen Volk und Führung.

Diese Stilblüte demokratischer Politikkultur, dass man aus einem Überdruß an den Parteien schon wieder eine Partei zimmert, finden die Kommentatoren von daher völlig nahe liegend. Denn wenn man das verbreitete Misstrauen in die etablierte Politik dadurch in Vertrauen für sich umwandeln kann, dass man sich als Partei das Profil gibt, sich der Sanierung des brüchigen Verhältnisses anzunehmen, passt das gut zum Befund einer Parteienverdrossenheit, also einer allgemein kritischen Stellung zur herrschenden Politik, die soweit ohne jede Kritik an einem politischen *Inhalt* auskommt: „*Mehr als gegen die Inhalte der anderen Parteien richten sich die Piraten gegen die Art und Weise, wie bislang Politik in Deutschland gemacht wurde.*“ (Spiegel 39, 2011)

An die *inhaltslose Selbstkritik* der etablierten Parteien, die im Falle des Misserfolgs mit dem Versprechen vor den Wähler treten, dass sie daran arbeiten werden, ihr an sich richtiges Programm ihm in Zukunft besser rüberzubringen, also an diese selbst verordnete *Bürgernähe* als *Vermittlungsmethode*



Buchempfehlung:

Freerk Huisken

Der demokratische Schoß ist fruchtbar...
Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

240 Seiten, € 14,60; ISBN 978-3-89965-484-4

Verfassungsschutz, Bundeszentrale für politische Bildung, viele der Volksparteien, aber auch Gewerkschaften und einige Antifa-Bündnisse stellen bei ihrem Kampf gegen Neonazis deren Kleidung vor, decodieren Zahlencodes und benennen rechtsextreme Musiklabels. Es wird enttarnt, was sie offen zeigen, wenn sie sich präsentieren. Diese Art der Auseinandersetzung“ lebt von der Vorstellung,

Jugendliche würden sich abwenden, wenn sie nur erkennen könnten, wie Neonazis sich kleiden und welche Mucke sie hören.

Weit gefehlt, denn diese sind vor allem enttäuschte Nationalisten, die die Verschwendung nationaler Ressourcen durch undeutsche Unternehmenspolitik anprangern, am globalen Kapitalismus gerade nicht den weltweiten Siegeszug eines Ausbeutungssystems kritisieren, sondern beklagen, dass sich gute deutsche Unternehmen in internationale Konzerne verwandeln.

Damit kommen gute Demokraten in Schwierigkeiten, entdecken sie doch bei der unerwünschten Konkurrenz Einvernehmen mit dem eigenen höchsten politischen Ziel: dem Erfolg der Nation, um Deutschland ökonomisch und politisch voranzubringen. Und so verkommen Verbotsdebatten, Enttarnungen und Steckbriefe sowie die Warnung, dass der Schoß noch fruchtbar sei, zu einer Ehrenrettung von Nationalbewusstsein – zum Segen des demokratisch regierten Kapitalismus. Daran sollte man sich wirklich nicht beteiligen.

Der Autor:

Freerk Huisken, Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Bildungssektors. 2007 erschien von ihm: „Über die Unregierbarkeit des Schulvolks. RütliSchulen, Erfurt, Emsdetten usw.“ Er ist außerdem Autor des Standardwerks „Erziehung im Kapitalismus“.

►►► Piraten ...

der politischen Agenda, hängen sich die Piraten dran, um aber die Bürgernähe selbst zum zentralen Programminhalt für sich zu machen.

Diese Eigentümlichkeit registrieren öffentliche Beobachter einerseits etwas befremdet: „Die Neuen wirken irgendwie aufregend, irgendwie frisch und irgendwie sympathisch. Aber was zum Kuckuck wollen diese Leute?“ (Spiegel 39, 2011) Andererseits weicht das Kopfschütteln darüber, dass diese Partei zu Finanzkrise und Afghanistan nichts zu vermelden hat, der Sympathie dafür, wie offen, locker und „undogmatisch“ die Neulinge sich ein paar Inhalte zusammenkratzen, indem sie die Programme der etablierten Parteien entern, dort ein paar Phrasen abstauben, um sie jeweils mit ihrer Forderung nach Transparenz aufzufrisieren. So fordern sie dann z.B. den „transparenten Umgang mit den natürlichen Ressourcen“.

Dass die Partei demnächst – „streng öffentlich“ – „ihr Themenspektrum schrittweise unter breiter Einbeziehung aller Mitglieder erweitert“ (Piratenpartei, „Unsere Ziele“), gilt dabei bereits als ganz neuer „Politikstil“. Gutgeschrieben wird der Protestpartei auch, dass sie auf das herkömmliche „Rechts-Links-Schema“ nichts gibt, weshalb die Presse Forderungen wie die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen oder kostenlosem Nahverkehr gar nicht erst für links hält oder als Inhalt ernst nimmt. Sie findet das eher süß als den unbeholfenen (weil wirklichkeitsfremden) Versuch, überhaupt so etwas wie eine inhaltliche Position vorzuweisen. Mit Nachsicht werden auch Aufrufe wie „Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen“ (Spiegel 39, 2011) zitiert, ist großzügig über sie hinwegzugehen.

Wenn die Kommentare die Piraten gegen ihren Ruf von der bornierten „Ein-Themen-Partei“, nämlich „Internet-Partei“, verteidigen, zielt das also weniger darauf, dass man von dieser Partei thematisch noch einiges erwarten darf. Die Medien haben ihr vielmehr ein anderes Thema, einen höheren Auftrag zugeordnet, was sich die Piraten gern gefallen lassen: Kaum hat die Protestpartei einige, „die schon ins Reich der Nichtwähler geflüchtet waren“ (Spiegel 39, 2011), ins Reich der Wähler heimgeholt, wird sie für einen wertvollen Beitrag zur deutschen Politik gelobt, als „Auffangbecken für Aussteiger“ (SZ, 14.10.), die sonstwohin abdriften könnten. Dass die Parteienverdrossenheit genau dadurch zu heilen ist, dass man eine Partei wählt, die die Parteienverdrossenheit auf der politischen Bühne repräsentiert, finden die Kommentatoren, wie gesagt, gar nicht sonderbar. Im Gegenteil: Etablierte Journalisten halten Leute, denen „die meisten Deutschen vor kurzem nicht mal ihren Dackel anvertraut“ (Spiegel 39, 2011) hätten, auf einmal für sehr tauglich, das Vertrauen des Wählers (zurück)zu gewinnen. Und zwar schlicht damit, dass sie eben nicht etabliert sind. Wo die Piraten selbst den Fingerzeig auf das Alter ihrer Konkurrenz schon für eine Kritik und die eigene Jugend für ein flottes Wahlargument halten, geben die Medien das positive Echo: Die Spezies des jungen, unverbrauchten, unkonventionellen und unprofessionellen Politnovizen erscheint ihnen gerade recht, das stark verkratzte Bild

vom glaubwürdigen Politiker aufzupolieren. Realpolitischer Dilettantismus und sachpolitische Inkompetenz – sonst der Ruin politischer Glaubwürdigkeit – eignen sich hier mal bestens als Vertrauenswerbung.

Diese allgemein anerkannte Eigenschaft der Glaubwürdigkeit, die sehr vom Willen des Wählers abhängt, dem Gewählten zu vertrauen, setzt freilich voraus, dass der Wähler die Macht beim Repräsentanten abgeliefert und weiter nichts zu melden hat. Denn wieso müsste er ihm sonst immerzu glauben und vertrauen? Schließlich ist die damit unterstellte Trennung der politischen Macht von dem ihr unterworfenen Volk der Ausgangspunkt jeder gelungenen Vermittlung.

Diese Trennung liefert den Maßstab, ist sozusagen die Hardware der Politiktüchtigkeit, auf die hin die Piraten eben auch gemustert werden: Kaum sind sie für den neuen Schwung und Stil in der Mediation zwischen Volk und Führung gelobt worden, kriegen sie die Gretchenfrage serviert, wie sie es mit der Souveränität politischer Entscheidungsträger halten. Also wie ernst so Flausen von „direkter Demokratie“ und „Jeder kann mitmachen, wann er will und wie er will“ (faz.net 29.9.) gemeint sind. Die Antwort von einem Oberpiraten: „Es geht nicht darum, dass jetzt jeder Bürger über jedes Thema abstimmt, das würde nicht funktionieren. Sondern darum, die repräsentative Demokratie um weitere partizipative Elemente zu erweitern. Die letztendliche Entscheidung wird trotzdem wieder von den Abgeordneten getroffen. Das ist auch in der Piratenpartei so.“ (Pirat Nerz in: Die Zeit, 29.9.)

Das registriert die Presse einerseits mit Genugtuung, erster Reifetest quasi bestanden. Andererseits bleibt das Misstrauen, ob es diese Neulinge mit dem Öffentlichkeitsidealismus, der ihnen Wählerstimmen bringt, nicht doch etwas zu weit treiben: „Werden die Piraten im Sinne der vollkommenen (!) Transparenz auch aus nicht öffentlichen Ausschusssitzungen bloggen? ‚Da gibt es bei unterschiedlichen Leuten unterschiedliche Ansätze‘ wiegelt (der Pirat) Meyer ab. So richtig auf Konfrontationskurs ist sie nicht, diese neue Protestpartei.“ (SZ, 20.9.)

So vertrauen die Kommentatoren darauf, dass die jungen Wilden, die inhaltlich sowieso mit nichts aus dem Ruder laufen, sich auch mit ihrem Politikstil den Sachgesetzen verantwortlicher demokratischer Realpolitik unterordnen werden. Für die Gelassenheit dieses Befunds spricht auch die ironische Prognose, dass dieselben Rebellen, die sie heute noch großzügig mit ihrer „betont unprofessionellen“ Art punkten lassen, morgen schon etabliert und weniger „sexy“ sein dürften: „Sie scheint sich in Windeseile zu vollziehen, diese Metamorphose vom Netzrebell zum Staatsmann“ (SZ, 29.9.). Damit trägt die Frischzellenkur der Demokratie, für die sie die Piraten nominiert haben, bereits ihr Verfallsdatum in sich; das relativiert all die Komplimente für das Wie, letztlich zählt eben doch das Was der politischen Rason. In diesem Sinn folgt dem Dankeschön an die Politstylisten für die Brise „frischer Wind, über den das Land sich freuen sollte“, der spöttische Gruß: „Den Piraten ansonsten ein herzliches ‚Viel Spaß!‘ in der Bezirksverordnetenversammlung“ (SZ, 20.9.). ◀◀◀

ARBEITSKREIS KAPITAL

Karl Marx

Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie
Erster Band

Ausgabe: MEW 23, Dietz-Verlag ISBN: 978-3-320-00262-6

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum K1, K2 oder K3 (im 1. Stock)

Zeit mittwochs um 19 Uhr
11.1. / 25.1. / 1.2. / 8.2. / 15.2.2012
weitere Termine nach Vereinbarung

Veranstalter: farbeROT

Buchempfehlungen:

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ...

Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

Arbeit und Reichtum

„Mein Geld muß genauso hart arbeiten wie ich“, warb Berti Vogts seinerzeit für eine gute Bank. Nicht ausgelassen hat er sich über die Frage, woher Geld die Fähigkeit besitzt, die allgemein „arbeiten“ heißt und genau das Gegenteil bezeichnet: Sich wie von selbst zu vermehren. Irgendwo wird schon noch gearbeitet werden müssen. Von wem und wie, ist eine andere Frage – die nämlich nach dem Charakter der Arbeit in diesem besten aller Wirtschaftssysteme. Was die wirkliche Arbeit angeht – die, die gegen Geld verrichtet wird –, so bringt sie dem, der sie verrichtet, selten soviel ein, daß er sein Geld für sich „arbeiten“ lassen könnte. Arbeit gegen Lohn, das weiß jeder, hat es an sich, daß von ihr andere reich werden. Wie und warum, das ist schon wieder eine andere Frage – die nämlich nach der Eigenart des Geldes, das Kapital heißt und sich durch die Arbeit anderer vermehrt. Und noch etwas fällt auf, wenn es um Geld und Arbeit geht: Einerseits gibt es zuwenig Arbeit – zuwenig, daß alle, die von ihr leben müssen, eine haben. Auf der anderen Seite gibt es zuviel – zuviel nach den Maßstäben derjenigen, die arbeiten lassen und entlassen... Das wirft schon wieder Fragen auf – die nach den Eigenarten des Verhältnisses von Arbeit und Geld nämlich.

Mehr Arbeit für weniger Geld, das ist nach allgemeiner Auffassung die einzig denkbare Konsequenz des Sachzwangs, den alle Verantwortlichen im Munde führen – der „Globalisierung“. Mit immer weniger Arbeitern sollen immer größere Gewinnansprüche bedient werden – das ist kein bewußtlos wirkendes Kapitalgesetz, das ist das bewußt gehandhabte Konkurrenzmittel, zu dem sich Standortpolitik heute bekennt.

Marxisten erklären in diesem Artikel einmal ganz ohne Blick in „Das Kapital“ wie und was produziert wird im System unserer globalen „Marktwirtschaft“. Daß sie dabei letztlich auf ähnliche Schlüsse über Lohnarbeit und Kapital kommen wie Marx, wird kaum verwundern.

61 Seiten € 5.–

ISBN-13: 978-3-929211-08-5



Peter Decker / Konrad Hecker

Das Proletariat

Politisch emanzipiert – Sozial diszipliniert –
Global ausgenutzt – Nationalistisch verdorbenDie große Karriere der lohnarbeitenden
Klasse kommt an ihr gerechtes Ende

Aufstieg und Niedergang der lohnabhängigen Klasse:

- Vom rebellischen Vierten Stand
- über eine Gewerkschaftsbewegung und einige Arbeiterparteien
- zur politischen Emanzipation,
- zur modernen Organisation nützlicher Armut,
- zur selbstbewussten Anpassung an den Reformbedarf von Nation und Kapital

288 Seiten A5 € 20.–

ISBN-13: 978-3-929211-05-4

Die Publikationen sind erhältlich im

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr. 88, 81675 München
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

GEGENSTANDPUNKT im Radio

radio x Frankfurt

(FM: 91,8; Kabel: 99,85)
(Livestream: www.radiox.de)
1., 3. und 5. Mo 15 bis 16 Uhr
Wiederholung Di 9 bis 10 Uhr

Radio Unerhört Marburg

(Antenne: 90,1; Kabel: 107,25)
(Livestream: www.radio-rum.de)
Mi 18:30 Uhr, Wiederholung
Do 00:30 Uhr und 13:30 Uhr
Fr 19 bis 20 Uhr, 14-tägig
Wiederholung Mo 6 Uhrmp3-Download: www.farberot.de

Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung * Carolus * Hugendubel * Internationale Buchhandlung Südseite * Karl Marx * Land in Sicht
Naumann & Eisenbletter * Ypsilon * DARMSTADT: Georg Büchner * Bressunger * GRIESHEIM: Schlapp * SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg
MAINZ: Cardabela * BAD HOMBURG: Hugendubel * GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung * MARBURG: Elwert * Roppel * Roter Stern

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

4-11

Neue Folgen der Überakkumulation im globalen Finanzsystem
**Fortschritte in der Krisenkonkurrenz
der Weltwirtschaftsmächte**

**Politik und Medien
agitieren für die staatliche Krisenpolitik**

Die neue Tea Party
Eine zweite amerikanische Revolution
für gesunde Verhältnisse im „Land of the Free“

Rupert Murdoch und der „phone-hacking scandal“:
**Von den skandalösen Leistungen
der Massenpresse in der Demokratie**

Das soziale Netzwerk Facebook
Die neue Heimat des bürgerlichen Individuums

Europäische Länderkunde: Die Slowakei
Von Papst Benedikt hätten wir uns mehr erwartet!
Piraten machen aus Parteienverdrossenheit Wählerstimmen
Unsichere Zuschussrente gegen sichere Altersarmut
Occupy-Wallstreet gegen die 1%-Übermacht der Profiteure
Das hat noch gefehlt: Die Studentenvertretung berät die Politik!
Deutschland entdeckt ein neues Terrorproblem von rechts

ISSN 0941 - 5831 100 Seiten 15,- €

Das Verlagsprogramm und weitere Artikel stehen im Internet unter
www.gegenstandpunkt.com

Auf den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des
GEGENSTANDPUNKT-Verlags sind kostenlose Probeexemplare
der Zeitschrift erhältlich.

Neue Folgen der Überakkumulation im globalen Finanzsystem Fortschritte in der Krisenkonkurrenz der Welt- wirtschaftsmächte

Die fortlaufenden Euro-Rettungsmaßnahmen geraten zu lauter Eingeständnissen: Längst ist die Finanzmacht nicht nur dieses oder jenes Euro-Landes, sondern der ökonomisch potentesten Euro-Staaten, die als Garanten gefragt sind, fragwürdig. Die Abwendung der Pleite Griechenlands durch neue Kreditgarantien überfordert das, was die Euro-Staaten, die noch Kredit haben, zu finanzieren bereit sind; Banken sollen Staatsschulden abschreiben... Der Rettungsfonds soll mit institutionellen Kreditgebern ‚gehebelt‘ werden und reicht doch erklärtermaßen nicht, um die nächsten Problemfälle – Spanien, Italien – ihre Kreditwürdigkeit zu sichern. Deutschland und Frankreich droht die Abstufung durch die Rating-Agenturen... Die Krisenlage hat sich in mehreren Ländern zur politischen Krise ausgewachsen, Regierungen werden abgewählt oder durch nationale Notregierungen abgelöst... Das alles, weil – nicht nur – Europas Staaten um die ökonomischen Grundlagen ihrer Macht ringen: den Zuspruch des Finanzkapitals und ein kapitalistisches Wachstum, das dem staatlich gestifteten Geld und seinen Schulden die Qualität eines gefragten Geschäftsmittels sichert...

Die Macher Europas, Deutschland voran, begreifen diese Krisenlage als Herausforderung und als Chance: Mit verbindlichen Regeln nationalen Haushalts, Eingriffen in die Souveränität, die die staatlichen Mitglieder der Euro-Zone auf erfolgreiches kapitalistisches Wirtschaften verpflichten und auf vom erfolgreichsten Euro-Land Deutschland vorgegebenen Maßstäben nationalen Wirtschaftens festlegen sollen, soll das Gemeinschaftsgeld die Rolle eines Weltgelds erobern, das dem Dollar Konkurrenz macht. Deutschland will damit zugleich die Stellung einer unbestrittenen europäisch politischen und globalen ökonomischen Führungsmacht festschreiben.

Die Krise als einmalige Chance in der Konkurrenz der Nationen um ihre nationalen Gelder – das ist der Grund und Zweck, zu dem sich Deutschlands Politiker bekennen und den sie mit aller Macht bei der ‚Rettung des Euro‘ verfolgen: Es geht darum, „jetzt den Grundstein für die stärkste Währung der Welt zu legen“. (Söder)

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des
GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des
Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf
www.augudiss.de und www.farberot.de

Politik und Medien agitieren für die staatliche Krisenpolitik

**Wie das Volk geistig die Krise bewältigen soll, für die es
praktisch in Haft genommen wird**

Die Völker sind dabei nur in einer Hinsicht gefragt. Sie sind die Manövriermasse dieser Krisenkonkurrenz und der für sie verordneten ‚Sparprogramme‘. In diesen Tagen lernt die Menschheit die Verarmung nicht nur als eingetretene kennen, sie kommt auf Ansage und als Anforderung der Sanierung der nationalen Bilanzen daher. Damit die Zumutungen auch geistig verkräftet werden, agitiert die Öffentlichkeit das Volk: für die Unausweichlichkeit der nationale beschlossenen Härten wegen ‚unseres Euro‘; gegen die Schuldigen vor allem im Ausland, die ihren Völkern angeblich zu viel gegönnt und über ihre Verhältnisse gelebt, statt ihr Land ordentlich als Geschäftsquelle bewirtschaftet und ihr Volk als billige Arbeitskraft mobilisiert haben... Kurz: Das Volk erhält geistige Orientierung – im Geist eines Nationalismus, der die ökonomische Durchsetzung der eigenen Nation als Sachzwang und Opfer lohnende Aufgabe versteht.

Das soziale Netzwerk Facebook

Die neue Heimat des bürgerlichen Individuums

Mitten in der Krise boomt dagegen das soziale Netzwerk Facebook. Bei seinen Mitgliedern extrem beliebt, von der Finanzwelt als Unternehmen auf 100 Milliarden wertgeschätzt, wird diesem privaten Kommunikationswesen sogar höchst politische Wirksamkeit zugute gehalten: Die ‚Facebook-Generation‘ soll gleichnamige Revolutionen im arabischen Raum angezettelt und so die Demokratie in der Welt vorangebracht haben. Aufklärung über das ‚Phänomen‘ Facebook ist also am Platz.

Die neue Tea-Party

**Eine zweite amerikanische Revolution
für gesunde Verhältnisse im ‚Land of the Free‘**

Auch in den USA wird der Nationalismus in der Krise fundamentalistisch: Die Tea-Party-Bewegung entdeckt in Krise, Schuldenwachstum, Arbeitslosigkeit, zu wenig erfolgreichen Kriegen immer ein und dasselbe: einen Niedergang von ‚God’s own country‘, der auf grundsätzliches Versagen der Politik zurückzuführen ist. Sie tritt für die Erneuerung der Größe Amerikas, seiner konkurrenzlosen Vormachtstellung ein ‚We must take back our nation!‘ Das versteht sie als sittlichen Auftrag: Die Tugenden des amerikanischen Volks, der tüchtigen Bürger, die sich in der Konkurrenz bewähren und deren Konkurrenzfreiheit der Staat zu dienen hat, sehen sie als Urgrund amerikanischer Größe und Grundlage ihrer Nation und stellen sich in diesem Geist gegen Washington auf.

Rupert Murdoch und der „phone-hacking scandal“:

Von den skandalösen Leistungen der Massenpresse in der Demokratie

Im Mutterland der Demokratie hat eine Abteilung der freien Presse aufgedeckt, dass eine andere Abteilung, ein Blatt des Medienunternehmers Rupert Murdoch, ihre Stories durch das Abhören von Mobiltelefonen und die Bestechung von Polizisten gewonnen hat. Über Monate übertrifft sich eine aufgeregte Öffentlichkeit in lauter Enthüllungen über die unlautere Meinungsproduktion und die intimen Beziehungen zwischen dem Murdochschen Medienimperium und den britischen Regierungen.

Darüber herrscht nun große Aufregung im Königreich – worüber die volksbildende Leistung ganz in Vergessenheit gerät, um die sich die Massenpresse mit ihrer „Sensationsberichterstattung“ verdient macht.

Die Themenreihe im GEGENSTANDPUNKT

Das Finanzkapital

- I. Die Basis des Kreditsystems: Von der Kunst des Geldverleihens
▶ Heft 3-08
- II. Die Entfaltung der Kreditmacht des Finanzkapitals:
Die Akkumulation des „fiktiven“ Kapitals
▶ Heft 2-09
- III. Die ‚systemische‘ Bedeutung des Finanzgeschäfts
und die öffentliche Gewalt
▶ Heft 1-10
- IV. Das internationale Finanzgeschäft und die Konkurrenz
der Nationen
▶ Heft 1-11

Die vier Hefte 3-08, 2-09, 1-10 und 1-11 zum Finanzkapital gibt es als Paket zum Sonderpreis: Sie kosten zusammen 30,- € (Einzelheft: 15,- €). Porto und Versand bei Bestellungen direkt beim Verlag inklusive.